



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Niederschrift

Sitzungsort im Sitzungssaal des Rathauses
St.-Altohof 1, 85250 Altomünster

Sitzungszeit Dienstag, den 25.03.2025
von 19:00 bis 21:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Funktion	Name	Unterschrift
Vorsitzender:	1. Bürgermeister Michael Reiter	_____
Schriftführer:	Richter Christian	_____

Nach der Eröffnung und Begrüßung stellte der Vorsitzende 1. Bürgermeister Michael Reiter fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht geladen wurde und dass mit der Einladung zu den einzelnen Tagesordnungspunkten entsprechende Beschlussvorlagen mit übersandt wurden.

Er stellte ferner fest, dass bei 20 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates gegeben war.

Gegen die heute aufliegende Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine Einwände erhoben; sie gilt damit als genehmigt.



Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Fortschreibung des Regionalplans München (RP 14); 26. Änderung; Änderung Kapitel B IV 7 Energieerzeugung mit Neufassung Teilkapitel B IV 7.2 Windenergie; Beteiligungsverfahren
2. Änderung der Bayerischen Bauordnung 2025; Auswirkungen auf das gemeindliche Satzungsrecht
3. Bestätigung der neu gewählten stellvertretenden Kommandantin (Freiwillige Feuerwehr Pipinsried)
4. Bestätigung des neu gewählten Kommandanten und dessen Stellvertreter (Freiwillige Feuerwehr Hohenzell)
5. Bekanntgabe von Informationen
6. Bekanntgabe von Informationen aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.02.2025



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Teilnehmerverzeichnis

Anwesende Mitglieder

Name, Vorname	Funktion	Anmerkung
Reiter, Michael	1. Bürgermeister	
Buchberger, Maria	Gemeinderätin	
Daurer, Michaela	Gemeinderätin	
Eggendinger, Sebastian	Gemeinderat	
Englmann, Martina	Gemeinderätin	
Gailer, Stefan	Gemeinderat	
Glas, Elisabeth	Gemeinderätin	
Güntner, Hubert	Gemeinderat	
Huber jun., Georg	Gemeinderat	
Huber, Sebastian	Gemeinderat	
Keller, Manfred	Gemeinderat	
Kerle, Marianne	Gemeinderätin	
Köhler, Susanne	Gemeinderätin	
Luz, Susanne	Gemeinderätin	
Metzger, Florian	Gemeinderat	
Riedlberger, Josef	Gemeinderat	
Schweiger, Roland	Gemeinderat	
Stegmeir, Theresia	Gemeinderätin	
Stich, Michael	Gemeinderat	
Stichlmair, Josef	Gemeinderat	

Abwesende Mitglieder

Name, Vorname	Funktion	Anmerkung
Hagl, Markus	Gemeinderat	entschuldigt

Weitere Teilnehmer

Name, Vorname	Funktion	Anmerkung
Richter, Christian	Verwaltung	
Huber, Gisela	Presse	
Schäfer, Sabine	Presse	



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Bauamt	Michaela Felber	1

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Fortschreibung des Regionalplans München (RP 14); 26. Änderung; Änderung Kapitel B IV 7 Energieerzeugung mit Neufassung Teilkapitel B IV 7.2 Windenergie; Beteiligungsverfahren

Sach- und Rechtslage

Der Regionale Planungsverband München hat am 19.09.2023 die Teilfortschreibung des Regionalplans zur Steuerung der Windenergienutzung beschlossen und den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, zum damaligen Entwurf in der Fassung vom 11.01.2024 bis 31.05.2024 Stellung zu nehmen. In der Sitzung des Marktgemeinderates vom 16.05.2024 wurde dazu der Beschluss gefasst, dass weiterhin an den bereits am 23.05.2023 beschlossenen Abständen von 1.000 m zu Wohngebieten bzw. 800 m zum Außenbereich festgehalten wird. Dies wurde dem Planungsverband im Rahmen der Beteiligung mitgeteilt.

Am 03.12.2024 billigte der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbands München den Entwurf zur Änderung des Kapitels B IV 7 Energieerzeugung mit der Neufassung des Teilkapitels B IV 7.2 Windenergie im Regionalplan und beschloss die Einleitung des Beteiligungsverfahrens zur 26. Änderung des Regionalplans München (RP 14) mit Möglichkeit zur Stellungnahme bis zum 31.03.2025.

Diese Fortschreibung dient der Anpassung des Regionalplans München an Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms Bayern in der am 01.06.2023 in Kraft getretenen Fassung. Sie beinhaltet die Änderung des Kapitels B IV 7 Energieerzeugung mit einer Neugliederung und Anpassung der Begründung dieses Kapitels sowie insbesondere die Neufassung des Teilkapitels B IV 7.2 Windenergie.

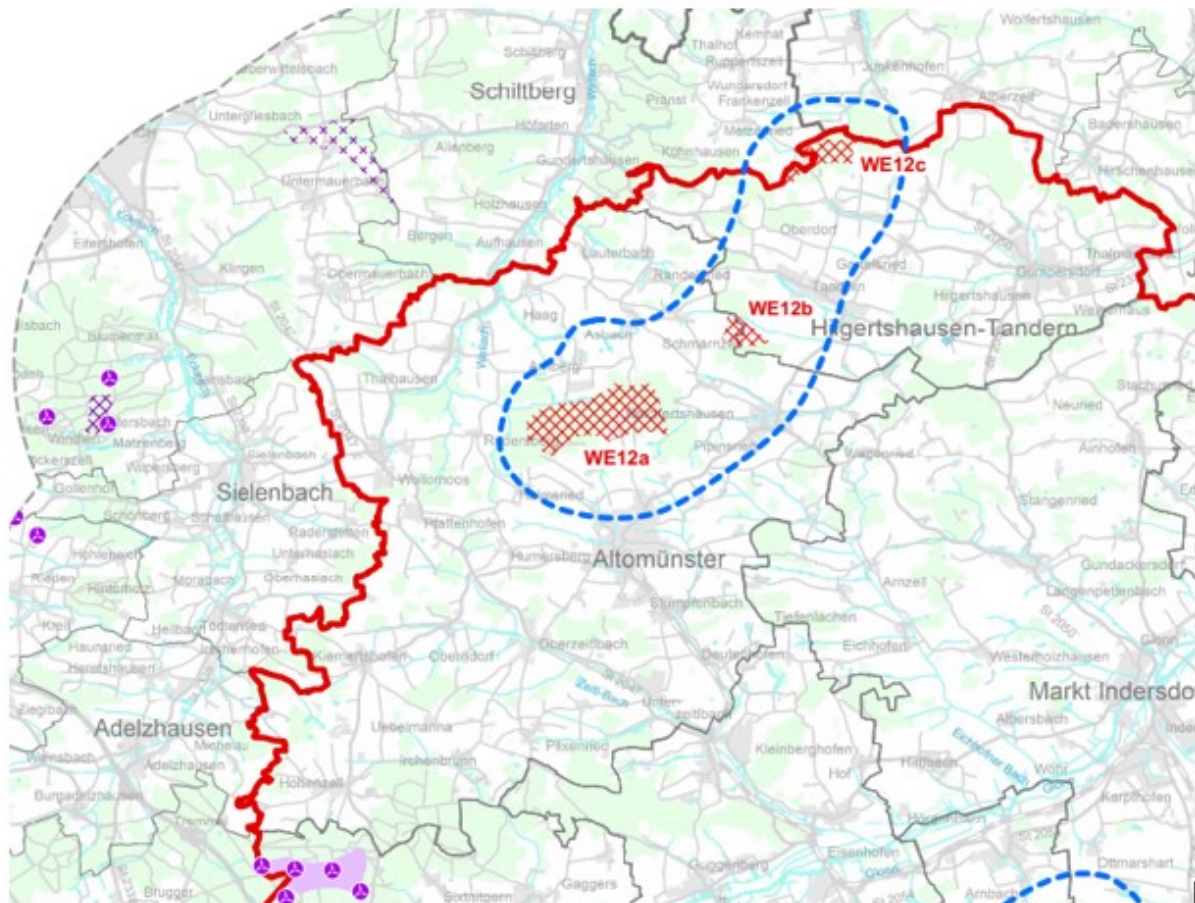
Detaillierte Informationen finden sich auf der Homepage des Regionalen Planungsverbandes unter <https://www.region-muenchen.com/verfahren/beteiligungsverfahren-gemaess-art-16-baylplg-ivm-9-rog/verfahrensunterlagen>.

Es werden 65 Vorranggebiete Windenergie mit einer Gesamtfläche von rund 11.073 ha ausgewiesen, das entspricht einen Flächenanteil an der Region München von rund 2,01 %.





Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Karte 1: Auszug aus der Anlage 3 Erläuterungskarte Windenergie, Entwurf vom 21.11.2024



Festlegungen





-  **WE04** Vorranggebiet Windenergie (mit Nr.)
-  **WE106** Vorbehaltsgebiet Windenergie (mit Nr.)

Konzeptionelle Erläuterung



-  Cluster / Vorranggebiete
-  Bereich des Sonderfalls „Vorranggebiete Windenergie zur Prüfung“

Wiedergabe bestehender Nutzungen, Darstellungen und Festlegungen (Stand: 31.07.2024)

Errichtete Windenergieanlagen nach Gesamthöhe in Metern

-  200 und mehr
-  100 bis unter 200
-  über 50 bis unter 100
-  Rechtswirksame Konzentrationszonen- oder Sondergebietsdarstellungen zur Windenergienutzung im Flächennutzungsplan

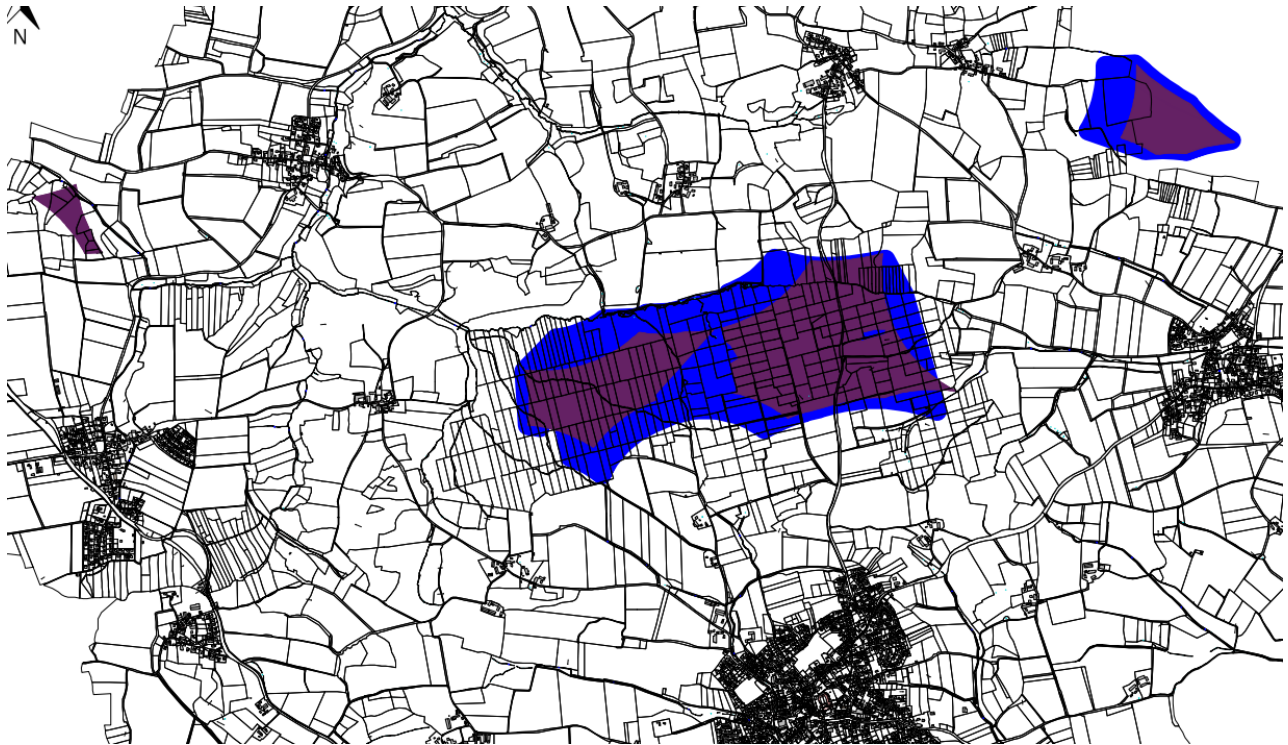
Benachbarte Planungsregionen: rechtswirksame Festlegungen zur Windenergienutzung

-  Vorranggebiet
-  Vorbehaltsgebiet



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Karte 2: Überlagerung der Windenergieflächen



Lila = Flächen, die der Markt Altomünster ausgearbeitet hat (gesamt 124,4 ha)

Blau = Vorrangflächen des Regionalen Planungsverbandes (im Gemeindegebiet Altomünster gesamt ca. 210 ha)

Dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans liegen nun folgende Abstände zugrunde:

- 1.000 m zu Wohnbaufläche gemäß Flächennutzungsplan, ergänzt um rechtswirksame Bebauungspläne (statt bisher 900 m),
- 600 m zu Wohnnutzung im Außenbereich (statt bisher 550 m)
- 1.000 m zu gemischter Baufläche (statt bisher 550 m),
- 300 m zu Gewerbegebieten gemäß Flächennutzungsplan

Den gemeindlich gewünschten Abständen von 800 m zu Wohnen im Außenbereich wurde nicht nachgekommen.

Beschluss

Der Markt Altomünster hält weiterhin an den bereits beschlossenen Abständen von 800 m zum Außenbereich fest.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20

Es haben abgestimmt mit JA	20
Es haben abgestimmt mit NEIN	0



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Bauamt	Christian Richter	2

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Änderung der Bayerischen Bauordnung 2025; Auswirkungen auf das gemeindliche Satzungsrecht

Sach- und Rechtslage

Im Zuge der Änderung des Bauordnungsrechts durch das erste und zweite Modernisierungsgesetz 2024 soll - laut Begründung des Gesetzestextes - eine Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung stattfinden sowie der Bürokratieabbau gestärkt werden. Das Kernziel ist „mehr zu ermöglichen und weniger zu verhindern“.

Insbesondere in den Bereichen der Bayerischen Bauordnung (BayBO) sowie der Anwendung der Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellV) haben sich zahlreiche rechtliche Änderungen ergeben, deren Inhalte zukünftig alleinig über gemeindliche Satzungen und nicht mehr über gesetzliche Grundlagen geregelt werden können. Bereits bestehende Satzungen sind entsprechend abzuändern und an das neue Bauordnungsrecht anzupassen.

Derzeit sind folgende bereits bestehende Satzungen des Marktes betroffen:

- Stellplatzsatzung vom 28.05.2008
- Werbeanlagensatzung vom 19.12.1989

Folgende Satzungen sind derzeit nicht vorhanden, könnten zur genaueren Regelung des jeweiligen Bereiches jedoch erlassen werden, da im Zuge des Modernisierungsgesetzes der derzeitige Handlungsspielraum der bestehenden BayBO teilweise entfällt oder eingeschränkt wird:

- Spielplatzsatzung
- Einfriedungssatzung
- Satzung zum Ausschluss von Bodenversiegelung, nicht begrüntem Steingärten, sowie ähnlich eintönigen Flächennutzungen mit hoher thermischer oder hydrologischer Last oder erheblich unterdurchschnittlichem ökologischen oder wohnklimatischen Wert („Versiegelungssatzung“)

Im Zuge der heutigen Sitzung des Marktgemeinderates werden die einzelnen Sachverhalte zu den vorherig genannten Satzungen vorgestellt und ein Grundsatzbeschluss gefasst, ob von der Verwaltung ein jeweiliges Satzungsmuster ausgearbeitet und über dieses in einer zukünftigen Sitzung Beschluss gefasst werden soll.

Stellplatzsatzung

Bisher ergab sich aus Art. 47 BayBO i.V.m der GaStellV die Verpflichtung Stellplätze für Anlagen zu errichten bei denen Zu- oder Abfahrtsverkehr zu erwarten war. Die Ausgestaltung ergab sich in der Regel durch die jeweils gültige kommunale Stellplatzsatzung.



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Durch die entsprechenden rechtlichen Änderungen des Modernisierungsgesetzes entfällt die Verpflichtung zur Errichtung notwendiger Stellplätze zum 01.10.2025 ersatzlos. Eine Stellplatzpflicht besteht nur noch, sofern die Gemeinde dies ausdrücklich per Satzung anordnet. Entsprechende Obergrenzen der möglichen Ausgestaltung ergeben sich aus der Anlage zu § 20 der GaStellV. Eine Beibehaltung der derzeit bestehenden Stellplatzsatzung von 28.05.2008 ist nicht möglich, da diese die entsprechenden Obergrenzen übersteigt.

Ohne den Erlass einer entsprechenden Stellplatzsatzung ist zu befürchten, dass zukünftig keine Stellplätze mehr auf privaten Grundstücken errichtet werden. Öffentliche Straßen und sonstige Grundstücke würden übermäßig durch den tatsächlich weiterhin vorhandenen Stellplatzbedarf belastet werden.

Inhaltlich können in einer neuen Stellplatzsatzung folgende Regelungen getroffen werden:

- Begründung einer Stellplatzpflicht für bestimmte bauliche Maßnahmen (ausgenommen für Nutzungsänderungen und Dachgeschossausbauten zu Wohnzwecken sowie der Aufstockung von Wohngebäuden)
- Regelung von Stellplatzzahlen, jedoch maximal nach der Anlage zur GaStellV oder weniger
- Art und Weise des Stellplatznachweises auf dem Baugrundstück oder in einem in der Nähe gelegenen Grundstück oder alternative mit einer Stellplatzabläse ggf. mit einem Wahlrecht des Bauherrn
- Regelung zur Stellplatzabläse sowie Höhe der Ablösebeträge, jedoch mit Obergrenze der tatsächlichen Kosten für die Herstellung eines entsprechenden Stellplatzes
- Ggf. Einschränkung auf einen bestimmten örtlichen Geltungsbereich
- Pflicht zur Herstellung von Fahrradstellplätzen sowie Bau von Elektroladestationen an Stellplätzen
- Pflicht zur Erstellung von Besucherstellplätzen im Rahmen der Obergrenze der Anlage zur GaStellV
- Abweichungen von der Stellplatzpflicht bei Erstellung von z.B. zusätzlichen Fahrradstellplätzen oder Koppelung an ein Mobilitätskonzept

Der Erlass einer Stellplatzsatzung, die Regelungen zur Beschaffenheit von Stellplätzen (z.B. Größe, Ausstattung, Begrünung, Anteil barrierefreier Stellplätze etc.) treffen soll, ist nach der Übergangsvorschrift nur noch bis 30.09.2025 möglich.

Die Höhe einer möglichen Stellplatzabläse ist an die tatsächlichen Kosten für die Herstellung eines entsprechenden Stellplatzes gekoppelt. Laut Auskunft des IB Mayr betragen die durchschnittlichen Kosten für die Herstellung eines Stellplatzes in gepflasterter Ausführung derzeit ca. 140,00 € netto pro m². Bei der Annahme der Maße eines Stellplatzes nach der GaStellV mit einer Länge von 5,0 Meter und einer Breite von 2,5 Metern betragen die durchschnittlichen Herstellungskosten 2.082,50 € (5 m Länge x 2,5 m Breite x 140,00 € x 19% Mehrwertsteuer). Fraglich ist inwieweit die Grundstückspreise nach den Bodenrichtwerten der jeweiligen Ortsteile zusätzlich als Herstellungskosten in Ansatz gebracht werden können.

Werbeanlagensatzung

Der Markt Altomünster hat am 19.12.1989 eine Werbeanlagensatzung erlassen, welche abweichend von dem damals geltenden Art. 68 BayBO alle Werbeanlagen, auch jene unter der damals eigentlich genehmigungsfreien Größe von 0,6 m², und Fahnenmasten die getrennt von baulichen Anlagen auf privaten Grundstücken errichtet werden sollen, als genehmigungspflichtig einstuft.



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Durch die bereits zahlreichen Änderungen der BayBO zwischen Erlass der Satzung und dem heutigen Datum ist der Art. 68 der BayBO inzwischen nicht mehr mit der Behandlung von Werbeanlagen belegt.

Nach der derzeit gültigen Fassung des Art. 57 Abs. 1 Nr. 12 BayBO werden v.a. folgende Werbeanlagen als verfahrensfrei eingestuft:

- Werbeanlagen am Ort der Leistungserbringung, in Auslagen oder an Schaufenstern
- Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche bis zu 1 m²
- Werbeanlagen die nicht von öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind
- Werbeanlagen die nach ihrem erkennbaren Zweck nur vorübergehend für höchstens zwei Monate angebracht werden
- Werbeanlagen in Gewerbe-, Industrie- und vergleichbaren Sondergebieten an der Stätte der Leistung soweit sie nicht in die freie Landschaft wirken mit einer freien Höhe von bis zu 10 Metern

Spielplatzsatzung

Bisher ergab sich aus Art. 7 BayBO die Verpflichtung bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen einen ausreichend großen Kinderspielplatz anzulegen. Die Ausgestaltung konnte durch eine kommunale Spielplatzsatzung geregelt werden. Bisher hat der Markt von diesem Recht zur Regelung der Ausgestaltung keinen Gebrauch gemacht.

Durch die entsprechenden rechtlichen Änderungen des Modernisierungsgesetzes entfällt die Verpflichtung zur Errichtung von Spielplätzen ersatzlos. Eine Pflicht zur Errichtung von Spielplätzen besteht nur noch, sofern die Gemeinde dies ausdrücklich per Satzung anordnet.

Ohne den Erlass einer entsprechenden Spielplatzsatzung ist zu befürchten, dass zukünftig keine Spielplätze mehr auf privaten Grundstücken errichtet werden. Eine Nutzung von öffentlichen Spielplätzen würde in den Vordergrund treten. Durch die erhöhte Nutzung ist damit zu rechnen, dass Umfang und Ausstattung dieser Spielplätze zukünftig erweitert werden müssen und ein erhöhter Unterhaltsbedarf auf Kosten des Marktes entsteht.

Inhaltlich können in einer Spielplatzsatzung folgende Regelungen getroffen werden:

- Angemessene Größe und Ausstattung der Spielplätze
- Lage des Spielplatzes
- Regelungen zur Art der Erfüllung
- Regelungen zur Ablöse der Spielplatzpflicht

Die entsprechende Satzung ist nur für Gebäude anwendbar, die mit mehr als fünf Wohnungen ausgestattet sind.

Einfriedungssatzung

Aus Art. 57 Abs. 1 Nr. 7 BayBO leitet sich ab, dass Grundstückseinfriedungen und ähnliche Vorhaben bis zu einer Höhe von 2 Metern im Innenbereich verfahrensfrei bzw. im Außenbereich unter gesonderten Vorschriften bei privilegierten Planungen verfahrensfrei errichtet werden können. Genauere Einschränkungen zur Ausgestaltung können durch eine kommu-



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

nale Einfriedungssatzung geregelt werden. Bisher hat der Markt von diesem Recht zur Regelung keinen Gebrauch gemacht.

Inhaltlich können in einer Einfriedungssatzung folgende Regelungen getroffen werden:

- Notwendigkeit von Einfriedungen
- Art der Einfriedung
- Gestaltung der Einfriedung
- Höhe der Einfriedung

Satzung zum Ausschluss von Bodenversiegelung, nicht begrünten Steingärten, sowie ähnlich eintönigen Flächennutzungen mit hoher thermischer oder hydrologischer Last oder erheblich unterdurchschnittlichem ökologischen oder wohnklimatischen Wert („Versiegelungssatzung“)

Nach der alten Fassung des Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 der BayBO steht den Gemeinden grundsätzlich ein Recht zu Satzungen über die Gestaltung Plätzen für bewegliche Abfallbehälter, der Gestaltung und Bepflanzung der bebauten Grundstücke zu erlassen.

Durch die entsprechenden rechtlichen Änderungen des Modernisierungsgesetzes entfällt der gestalterische Ansatz. Der Gesundheitsschutz und Umweltauswirkungen treten in den Vordergrund. Zukünftig regelt eine Satzung nach der neuen Fassung der BayBO dann ein Verbot der Bodenversiegelung, nicht begrünten Steingärten sowie ähnlich eintönigen Flächennutzungen mit hoher thermischer oder hydrologischer Last oder erheblich unterdurchschnittlichen ökologischen oder wohnklimatischen Wert. Die entsprechende Zielsetzung ist bei der Begründung der Satzung zum Ausdruck zu bringen.

Eine entsprechende Satzung beinhaltet weitreichende Überschneidungen mit der städtebaulichen Zielsetzung bzw. den Festsetzungen von Bebauungsplänen, gilt jedoch auch für Bereiche für welche solche nicht vorliegen.

Bestehende Satzungen treten mit Ablauf des 30.09.2025 außer Kraft. Dies betrifft nach Ministeriumsauffassung auch Regelungen in Bebauungsplänen, welche Regelungen für Freiflächen- und Grünordnungsgestaltung beinhalten, da diese hier rein formal aus zwei Satzungsteilen bestehen, sofern die getroffenen Regelungen ausdrücklich gestalterischer Qualität sein sollen.

Dies hat zur Folge, dass grünordnerische Festsetzungen aus städtebaulichen Gründen wirksam bleiben, jedoch jene, die aus gestalterischen Gründen festgesetzt wurden, außer Kraft treten. Zukünftig ist in Bebauungsplänen daher die städtebauliche Notwendigkeit einer grünordnerischen Festsetzung ausreichend zu begründen.

Inhaltlich können in einer Versiegelungssatzung folgende Regelungen getroffen werden:

- Verbot der Bodenversiegelung
- Verbot von nicht begrünten Steingärten und eintönigen Flächennutzungen
- Verbot von versickerungsunfähigen Bodenbelägen bei Zufahrten, Terrassen und Stellplätzen

Verantwortung für den Vollzug

Für den Erlass der jeweiligen Satzungen ist der Markt Altomünster als materiell rechtsetzende Behörde ortsrechtlich zuständig.



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Nach Auskunft des Bayerischen Städtetages ist für den Vollzug das Landratsamt als untere Bauaufsichtsbehörde zuständig.

Im Baugenehmigungsverfahren sind diese örtlichen Satzungen gemäß Art. 81 Abs. 1 BayBO im Prüfungsumfang des vereinfachten Genehmigungsverfahrens des Landratsamtes enthalten (Art 59 Satz 1 Nr. 1 Buchst. c) BayBO) und müssen darauf überprüft werden.

Darüber hinaus obliegt auch der weitere Vollzug der Satzungen dem Landratsamt als untere Bauaufsichtsbehörde (Art. 54 Abs. 2 Satz 1 BayBO: „und die auf Grund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen eingehalten werden“).

Die bauaufsichtliche Tätigkeit des Landratsamtes konzentriert sich jedoch auf die Verfolgung von Fällen, in denen Sicherheitsbedenken bestehen (Baufällige Gebäude, Brandschutz u.ä.) und in denen eine Belastung Dritter unterbunden werden muss (Einhaltung Abstandsflächen, unzulässige Immissionen etc.).

Weiterhin liegt der Fokus auf Fällen, in denen ein hohes öffentliches Interesse besteht, z.B., wenn einzelne Verstöße von Seiten der Behördenleitung einer Kommune angetragen werden.

Grundsätzlich wird aber jeder baurechtliche Verstoß, der dem Landratsamt bekannt wird, erfasst und priorisiert. Aufgrund der geringen Personalbesetzung und dem hohen Aufkommen solcher Fälle ist dort aber erfahrungsgemäß mit einer deutlich verzögerten Bearbeitung zu rechnen.

Die Gemeindeverwaltung konnte in den letzten Jahren kaum Beanstandungen bzw. Behebung von Mängeln bei der abweichenden Ausführung von Stellplätzen oder Spielplätzen durch das Landratsamt feststellen.

Empfehlung der Verwaltung

Um dem gesetzlichen Ziel des Bürokratieabbaus nicht entgegen zu arbeiten ergeben aus Sicht der Verwaltung folgende Empfehlungen:

- Neuerlass einer Stellplatzsatzung in der Gemeinderatssitzung am 22.07.2025
- Aufhebung der Werbeanlagensatzung in der Gemeinderatssitzung am 22.07.2025
- Kein Erlass einer Spielplatzsatzung
- Kein Erlass einer Einfriedungssatzung
- Kein Erlass einer Versiegelungssatzung

Eine gemeindliche Kontrolle der Satzungsregelungen ist aus personellen Gründen derzeit nicht möglich.

Beschluss

1. Der Neuerlass einer Stellplatzsatzung wird für die Gemeinderatssitzung am 22.07.2025 vorbereitet.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Es haben abgestimmt mit JA	20
Es haben abgestimmt mit NEIN	0

Beschluss

1. Die Aufhebung der Werbeanlagensatzung wird für die Gemeinderatssitzung am 22.07.2025 vorbereitet.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Es haben abgestimmt mit JA	20
Es haben abgestimmt mit NEIN	0

Beschluss

1. Das Thema Einfriedung wird nicht Gegenstand einer Satzung.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Es haben abgestimmt mit JA	19
Es haben abgestimmt mit NEIN	1

Beschluss

1. Die jeweiligen Themen Spielplatz und Versiegelung werden für eine Gemeinderatssatzung möglichst Ende des Jahres 2025 vorbereitet.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Es haben abgestimmt mit JA	20
Es haben abgestimmt mit NEIN	0



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Hauptamt	Christian Richter	3

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Bestätigung der neu gewählten stellvertretenden Kommandantin (Freiwillige Feuerwehr Pipinsried)

Sach- und Rechtslage

Der Feuerwehrkommandant und dessen Stellvertreter wird in geheimer Wahl von dem Feuerwehrdienst leistenden Mitgliedern der Freiwillige Feuerwehr einschließlich der Feuerwehranwärter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt (Art. 8 Abs. 2 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG)).

Die Freiwillige Feuerwehr Pipinsried hat in ihrer Versammlung am 22.02.2025

Tanja Oswald zum 2. Kommandantin

gewählt.

Die zur 2. Kommandantin gewählte Person erfüllt die Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 3 BayFwG nicht, so dass die erforderlichen Lehrgänge in angemessener Frist noch zu besuchen sind.

Die zweite Kommandantin ist im Benehmen mit dem Kreisbrandrat vom Gemeinderat des Marktes Altomünster per Beschluss zu bestätigen (Art. 8 Abs. 4 BayFwG).

Beschluss

Tanja Oswald wird im Benehmen mit dem Kreisbrandrat in ihrem gewählten Amt als 2. Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr Pipinsried bestätigt.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Es haben abgestimmt mit JA	20
Es haben abgestimmt mit NEIN	0



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Hauptamt	Christian Richter	4

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Bestätigung des neu gewählten Kommandanten und dessen Stellvertreter (Freiwillige Feuerwehr Hohenzell)

Sach- und Rechtslage

Der Feuerwehrkommandant und dessen Stellvertreter wird in geheimer Wahl von dem Feuerwehrdienst leistenden Mitgliedern der Freiwillige Feuerwehr einschließlich der Feuerwehranwärter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt (Art. 8 Abs. 2 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG)).

Die Freiwillige Feuerwehr Hohenzell hat in ihrer Versammlung am 16.03.2025

Gabriel Schmaus zum 1. Kommandanten
und
Andreas Fleischer zum 2. Kommandanten

gewählt.

Die zum 1. und 2. Kommandanten gewählten Personen erfüllen die Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 3 BayFwG nicht, so dass die erforderlichen Lehrgänge in angemessener Frist noch zu besuchen sind.

Die beiden Kommandanten sind im Benehmen mit dem Kreisbrandrat vom Gemeinderat des Marktes Altomünster per Beschluss zu bestätigen (Art. 8 Abs. 4 BayFwG).

Beschluss

Gabriel Schmaus und Andreas Fleischer werden im Benehmen mit dem Kreisbrandrat in ihren gewählten Ämtern als 1. bzw. 2. Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Hohenzell bestätigt.

Abstimmung

Anwesende Mitglieder	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Es haben abgestimmt mit JA	19
Es haben abgestimmt mit NEIN	1



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Hauptamt	Michael Reiter	5

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Bekanntgabe von Informationen

Sach- und Rechtslage

Der Erste Bürgermeister berichtet

- über den Flyer „Hochwasserschutz“, der ab sofort in der Gemeindeverwaltung abholbar ist.
- dass für das Hochwasserrückhaltebecken 2 Am Halmsrieder Bach im Jahr 2025 keine staatlichen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Geschäftsleitende Beamte informiert über

- den Start der Fragebogenaktion zum Thema Carsharing.
- die Genehmigung der Heizzentrale und des Wärmenetzes im Gemeindeteil Wollomoos.



Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates

Amt	Sachbearbeiter	TOP
Hauptamt	Michael Reiter	6

Gremium	Termin	Status
Gemeinderat	25.03.2025	öffentlich

Bekanntgabe von Informationen aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.02.2025

Sach- und Rechtslage

Der Erste Bürgermeister gibt die in der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.02.2025 gefassten Beschlüsse bekannt, soweit die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 2 GO).

TOP 1 Errichtung einer Seniorentagesstätte in Altomünster; Festlegungen zur Bauausführung

Der Erhöhung der Wandhöhe an der Traufseite im 2. OG um ca. 0,30 m wird zugestimmt.

Für das Thema Lüftung kommt die Variante 2 zur Ausführung.

Die Fassade wird in der Variante Putz ausgeführt.

Der Ausführung der Einhausung/Bedachung der Rampe bei der Tiefgaragenabfahrt in Beton mit Gründach wird zugestimmt